Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 218 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 27. Mai

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Demokratische Unterschriftsfälschungen zur Wahlpropaganda

Die Deutschdemokratische Partei in Halle (Vorsitzender Dr. Schreiber) hat gestern in den beiden demokratischen Zeitungen Halles, der „Saalezeitung" und den „Hallischen Nachrichten" („Morgenzeitung") einen Wahlaufruf veröffentlicht, der eine volle Seite umfaßte und am Schluß eine imposante Anzahl von Namen brachte, die sich den Inhalt dieses Aufrufes zu eigen gemacht haben sollen. Es waren Namen aus allen Schichten und Berufen der Bevölkerung vertreten, und harmlose Gemüter konnten beim Lesen dieses Aufrufes wohl auf den originellen Gedanken kommen, daß die in den Räumen des „Berliner Tageblattes" gegründete sogenannte „Deutsche (!) demokratische Partei" die berufene Vertreterin der Gesamtinteressen der deutschen Bevölkerung sei — was einem großen Teil der letzteren kurz nach der Gründung der Partei ja auch vorzutäuschen gelang. Wie es mit den Namen unter diesem Aufruf nun aber in Wirklichkeit steht, zeigt folgender Vorfall: Der Klempnermeister Berner in Halle, dessen Name auch unter dem Aufruf prangte, teilt uns mit, daß er niemals seine Zustimmung dazu gegeben hätte, seinen Namen unter diesen Aufruf zu setzen. Er habe sich auch bereits mit dem hiesigen Parteibüro (Generalsekretär Js. Dornbliüth) der Demokraten in Verbindung gesetzt und dagegen protestiert, daß mit seinem Namen ein solcher Mißbrauch getrieben werde. Auf seine Frage, wie das Parteibüro überhaupt dazu komme, seinen Namen unter diesen Aufruf zu bringen, erhielt er staunend zur Antwort: Das demokratische Parteibüro habe an zahlreiche Persönlichkeiten Rundschreiben gerichtet, und von den Namen und Herren, von denen die Antwort ausgeblieben war, habe das Büro angenommen, daß diese stillschweigend ihre Zustimmung zu dem demokratischen Wahlaufruf und dessen Unterzeichnung gegeben hätten. Demgegenüber erklärte Herr Berner dem Büro, daß er nie ein Rundschreiben der Demokratischen Partei erhalten habe, und auch nie einen demokratischen Wahlaufruf unterzeichnen würde, weil die Demokratische Partei bekanntlich abgelehnt hatte, sich überhaupt zu dem Programm des Bundes der Handwerker zu bekennen, geschweige denn es anzuerkennen, wie das die Deutschnationale Volkspartei getan habe. Als das Parteibüro dann zu reden anfing, in wie warmherziger Weise die Demokratische Partei immer die Interessen des Handwerks und des gesamten Mittelstandes vertreten habe, und daß Herr Berner doch auch der Demokratischen Partei beitreten könne, erwiderte dieser kurz und bestimmt, er verlange, daß sein Name unter diesem Aufrufe verschwinde — und hat recht daran! — Man kann nun wohl ermessen, wieviel gefälschte Unterschriften der demokratische Aufruf noch enthalten wird.

Man ersieht auch hieraus wieder, mit welchen verwerflichen Mitteln die Demokraten arbeiten, um den ungeheuren Mitgliederschwund ihrer Partei zu vertuschen. Es ist derselbe Geist der Unwahrhaftigkeit und Unaufrichtigkeit, der auch aus der Tätigkeit des Abg. Dr. Schreiber spricht. Wer Muße hat, kann vielleicht darüber streiten, ob Dr. Schreiber diesen Geist dem Hallenschen Demokratenverein aufgedrückt, oder von dorther diesen Geist empfangen hat. Es ist damit, wie mit der Frage, was eher da war: die Henne oder das Ei. Jedenfalls gehören beide zusammen, und es ist darum nur natürlich, daß Dr. Schreiber als Kandidat für die Reichstagswahlen aufgestellt wurde. Das deutsche Volk aber wird und muß am 6. Juni mit dem Stimmzettel zum Ausdruck bringen, daß es nicht wünscht, daß dieser Geist der Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit von Halle und vom Bezirk Merseburg aus seinen Einzug in den neuen Reichstag nehme, denn auf diese Weise kann das öffentliche Leben niemals gesunden, kann Deutschland niemals wieder sich erheben. Kein national empfindender und rechtlich und anständig denkender Deutscher kann daher am 6. Juni seine Stimme der demokratischen Liste Delius—Schreiber geben!

Die Neuwahlen in Preußen

Die preußische Staatsregierung hat einen Beschluß über Neuwahlen in Preußen noch nicht gefaßt, doch scheint, wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, die Absicht, den Zeitpunkt für die Neuwahlen vom Ausgange der Reichstagswahlen abhängig zu machen. Eine neue Regierungsbildung im Reiche würde auch in Preußen nicht ohne Nachwirkungen bleiben. Das Kabinett würde sich in diesem Falle ebenfalls eine Umgruppierung in der Zusammensetzung der Regierung notwendig machen. Diese neue Regierung wird dauernd aber mit der alten parlamentarischen Vertretung nicht zusammenarbeiten können, so daß Neuwahlen bald notwendig werden. Man bedauert schon heute, in Preußen die Verfassungsreform auf die lange Bank geschoben zu haben, denn es kann der Moment eintreten, daß die verfassunggebende preußische Landesversammlung ohne Verabschiedung der Verfassung auseinandergeht.

Ostpreußen das Ziel des Sowjetheeres?

b. Amsterdam, 27. Mai.

Einer Washingtoner Meldung zufolge berichtet die „Associated Preß" aus Warschau, die Russen griffen an der Nordgrenze an, um die polnischen Linien zu durchbrechen und eine Verbindung mit Ostpreußen herzustellen.

Abermals Verschiebung von Spa

th. Berlin, 27. Mai.

Wie wir hören, rechnet die deutsche Regierung stark mit einer Umbildung der jetzigen Regierung. Da die neue Koalition sich nur langsam vollziehen kann, wäre es im Interesse Deutschlands, die Konferenz erst stattfinden zu lassen, wenn eine endgültige feste neue deutsche Regierung gebildet ist.

h. Rom, 27. Mai.

„Tribuna Roma" bestätigt heute die Meldung über die wahrscheinliche Verschiebung der Konferenz von Spa in den Juli hinein, wobei sie freilich sagt, Nitti habe den Ministerrat darauf hingewiesen, daß Deutschland am 21. Juni noch nicht so weit sein würde, mit dem nötigen Material zu erscheinen. Dagegen wird bestätigt, daß die Verschiebung, wenn sie erfolgt, darauf zurückzuführen wäre, daß Nitti in überaus wichtiger in der Kammer zur Debatte stehender Frage sich nicht während dieser Zeit von Rom entfernen könnte.

b. Paris, 27. Mai.

Die Alliierten werden in den nächsten Tagen die deutsche Regierung in einer Note auffordern, die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Abrüstung Deutschlands zur See durchzuführen.

Havas meldet: Die Botschafterkonferenz hat die Beratung des Vertrages zwischen Deutschland und Dänemark wegen Schleswig beendet und wird die Vorlage beiden Mächten amtlich mitteilen. Die Verwendung und Verteilung des Erträgnisses aus nicht zerstörtem Kriegsgerät wird nach Besprechungen mit dem Wiedergutmachungsausschuß endgültig geregelt werden.

b. Paris, 27. Mai.

Offiziell wird von französischer Seite erklärt, bereits seit längerer Zeit habe man die Firma Krupp verdächtigt, noch weiter Kriegsmaterial herzustellen. Bei einer Untersuchung stellte es sich heraus, daß in der Tat 77-Millimeter-Geschütze hergestellt wurden. Der Direktor entschuldigte sich damit, daß es sich um die Ergänzung älterer im Rahmen des Friedensvertrages vorgesehener Bestände handle. Es wurde befohlen, die ganzen Erzeugnisse zu vernichten. Ferner wird eine strenge Aufsicht ausgeübt werden.

Festsetzung der Entschädigung

w. Paris, 27. Mai.

Ministerpräsident Millerand hat gestern den Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen bezüglich der englisch-französischen Verhandlungen über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme erklärt, daß der Wunsch der Alliierten, schon jetzt die deutsche Schuld festzusetzen, feststehe und daß dafür nicht nur England, sondern auch Belgien eintreten. Diese Absicht sei übrigens schon im März amtlich und öffentlich durch die Wirtschaftsdenkschrift des Obersten Rates zum Ausdruck gebracht worden.

Ferner erklärte Millerand sich damit einverstanden, daß die Kammer Freitag nachmittag die Interpellation betreffend die Festsetzung der deutschen Entschädigung bespricht. Er werde in der Kammer darüber Erklärungen abgeben und die Vertrauensfrage stellen hinsichtlich der Methode, die zu befolgen sei, um die Durchführung des Friedensvertrages zu sichern. Der Ministerpräsident lasse die Kammer auffordern, sich in einer allgemeinen Vertrauenstagesordnung dahin auszusprechen, daß ihm volle Bewegungsfreiheit gelassen und die nötige Vollmacht gegeben werde, um die schwebenden diplomatischen Verhandlungen mit den Alliierten sowie mit den deutschen Vertretern in Spa zu führen.

Wie der „Intransigeant" mitteilt, wird die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand erst am 10. Juni stattfinden.

b. Haag, 26. Mai.

Der „Nieuwe Courant" meldet aus Paris, daß die finanziellen Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses einen Bericht abgestattet haben, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Vertrages undurchführbar sind und daß der ganze Abschnitt des Friedensschlusses, der sich auf diese wirtschaftlichen Bestimmungen bezieht, umgeändert werden muß.

Der Steuerabzug vom Lohn

Durch das Reichseinkommensteuergesetz ist eine neue Erhebungsform der Steuern mittels 10prozentigem Abzug vom Arbeitslohn (worunter auch Gehälter, Tantiemen, Gratifikationen usw. zu verstehen sind) seitens der Arbeitgeber eingeführt worden; Natural- und Sachbezüge werden wie in den Lohntarifen festgesetzt bewertet. Diese neue Form des Einzuges der Einkommensteuer bringt für beide Teile, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, Belastung und Schereereien, die man sich zunächst wohl noch nicht einmal so schlimm vorgestellt hat, als wie es jetzt nach näherer Auskunft über die Art der Durchführung der Fall werden dürfte.

Der Arbeitnehmer muß sich für das Steuerjahr 1920 von der Steuerbehörde seines Wohnortes oder Beschäftigungsortes zunächst eine Steuerkarte ausstellen lassen. Diese Ausstellung erfolgt — das Entgegenkommen des Fiskus ist zu bewundern! — unentgeltlich. Der Arbeitgeber, dem die Steuerkarte zu übergeben ist, hat 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten (der einzubehaltende Betrag ist stets auf volle Mark nach unten abzurunden) und hat dafür Steuermarken in die Karte einzukleben und durch Datumvermerk allwöchentlich zu entwerten. Ist dem Arbeitgeber dieses Markenkleben jedoch zu viel, dann kann er beantragen, daß er den einbehaltenen 10prozentigen Lohnabzug dem Finanzamt durch Ueberweisung auf Postscheck- oder Bankkonto übermitteln darf. In diesem Falle allerdings muß er dem Arbeitnehmer eine Bescheinigung über den einbehaltenen Betrag ausstellen. Der Arbeitgeber hat also die Wahl, ob er Steuermarken kleben oder den Lohnabzug in bar an das Finanzamt abführen will. Die Steuermarken werden zunächst durch die Postanstalten zum Verkauf gestellt.

Nun zum Steuerzahler! Dieser hat nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 oder auch früher, wenn er eine besondere Steueranforderung zur vorläufigen Zahlung der Reichseinkommensteuer erhalten hat, die in dieser Steuerkarte eingeklebten Steuermarken unter gleichzeitiger Vorlage des Steuerfestsetzungsschreibens an Zahlungsstatt hinzugeben. Bleibt der Wert der Steuermarken unter der zu entrichtenden Steuer, so muß er den fehlenden Betrag in bar oder bargeldloser Ueberweisung nachzahlen, übersteigt der Wert der Steuermarken die Steuer, so wird ihm über den nicht angerechneten Wert eine Empfangsbescheinigung ausgestellt; der Betrag dieser Empfangsbescheinigung wird ihm bei der nächsten Zahlung angerechnet. Angenehm ist der letztere Fall natürlich nicht. Es kann aber doch, wenn feststeht, daß die voraussichtlich zu entrichtende Einkommensteuer weniger als 10 Prozent des im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens beträgt, die Barrückzahlung des Mehrbetrages beantragt werden.

Das neue Steuererhebungssystem mittels Lohnabzugs leidet an einer geradezu fürchterlichen Komplikation. Es zeigt sich das krankhafte Bestreben, den ganzen Steuerzahlungsapparat möglichst zu bürokratisieren; vielleicht daß auf diese Weise für ein möglichst großes Beamtenheer gesorgt werden soll. Betrachten wir die Dinge rein praktisch, so sehen wir drei Beteiligte: den Arbeitgeber, den Arbeitnehmer und die Steuerkassen.

Für den Arbeitgeber ist die neue Belastung mit der Steuerkarte gleichbedeutend mit Schaffung neuer Stellen für Angestellte. Je nach Art und Umfang des Betriebes wird für die wöchentliche Markenklebung und die Kontrolle des Ab- und Zuganges an Arbeitern und Angestellten ein sehr umfangreicher Apparat notwendig, der recht erhebliche Kosten verursacht. Mit Recht verlangen die Arbeitgeber für diese Tätigkeit zugunsten des Steuerfiskus eine Entschädigung. Durch den Steuerabzug wird aber auch, darüber ist man sich heute nicht im geringsten im Zweifel, sofort die Frage der Lohnerhöhung in Höhe des Steuerabzuges akut. Schon heute tragen die Arbeiter und Angestellten sich vielfach mit dem Gedanken, wie sie die neuen soviel höheren Steuern abwälzen können.

Wenn nun im Bürogange des Arbeitgebers wirklich alles mit den Steuerabzügen, der Listenführung, Steuerkarten, Kartothek usw. auch klappen sollte, so wird doch der Arbeitnehmer schon bei der ersten wirklichen Steuerzahlung besondere Freuden zu überstehen haben. Mit der Ueberweisung der Steuer durch Postscheck oder über Bankkonto ist es in Zukunft für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger zu Ende. Ihm bleibt nichts anderes übrig, da die Steuerkarte mit den Steuermarken in Zahlung gegeben werden muß, als persönlich bei der Steuerkasse diese Dinge zu überreichen. Ob er bei den jetzigen Kassenstunden ohne Opferung eines halben Arbeitstages seine Steuer anbringen kann, wird ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängen. In den Großstädten jedenfalls entstehen dadurch, namentlich für die Junggesellen, ganz unhaltbare Verhältnisse. Da der Steuerfiskus diese Zeitopfer nicht allen Steuerzahlern zumuten kann, so wird für Steuerannahmestellen in späten Abendstunden gesorgt werden müssen.

Ob damit aber die Kassenbeamten bei den Steuerkassen sehr zufrieden sein werden, oder ob nicht eine Verdoppelung des Kassenpersonals zwecks Einführung einer zweischichtigen Arbeitszeit notwendig ist, darüber sollte man sich jedenfalls einmal klar werden. Nun aber zur Abfertigung. Bis jetzt war die Abfertigung an den Steuerkassen ziemlich einfach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0001

jedenfalls erforderte die Eingahlung des bareu Betrages verhältnismäßig kurze Zeit, wenn auch zu gewissen Zeiten infolge des Andranges die Wartezeit länger wurde. Jetzt wird jedoch die Prüfung der Steuerkarten mit den Steuermarken erforderlich und dieses wird jedesmal nicht unerhebliche Zeit erfordern. Die Beamten werden sich naturgemäß nur auf die Addition der Steuermarken zu beschränken haben, immerhin ist auch dieses schon eine recht erhebliche Arbeit. Noch längere Zeit wird die Nachprüfung bei etwaiger Barzahlung der Arbeitgeber und Nachprüfung der von diesen erteilten Bescheinigungen erfordern.

So zeigt sich durchweg durch die Steuermarke eine recht erhebliche Belastung, die jedenfalls nicht zu der vom Reichsfinanzminister gewünschten Steuerfreudigkeit beitragen wird. Eine glatte und reibungslose Erhebungsform ist jedoch ein wichtiger Faktor, um wenigstens nicht schon durch die rein äußerliche Betätigung bei der Steuerzahlung die Stimmung zu verderben. Als eine glückliche Lösung der Erhebung der Steuer an der Quelle ist das geplante Verfahren mit den Steuermarken sicher nicht anzusehen.

Ueber den Termin, wann die Steuerabzüge zu beginnen haben, wird demnächst Mitteilung gemacht werden.

Der Kampf der Aerzte

Der „Deutschen Zeitung" schreibt ein Arzt:

Vor einigen Tagen wurde von einem Arzte die Frage der freien Arztwahl behandelt. Da weite Kreise keine genauere Kenntnis von den Verhältnissen haben, so sei mir gestattet, von der Honorarfrage in kurzen Zügen ein Bild zu geben aus einem mitteldeutschen Stadt- und Landkreise, in dem die freie Arztwahl seit 1½ Jahrzehnten eingeführt ist.

Bei Eintritt eines Erkrankten in die Behandlung des Arztes hat er einen Zuweisungsschein der Krankenkasse beizubringen, auf Grund dessen er während des ganzen Vierteljahres (1. Januar bis 31. März; 1. April bis 30. Juni usw.) bei eintretenden Krankheitsfällen in der Behandlung des betreffenden Arztes verbleibt. Ein Wechsel des Arztes ist also nur am Anfang des Vierteljahres gestattet. Dagegen ist die Zuziehung eines Facharztes jedes Sonderfaches möglich, wenn der bereits konsultierte Arzt die Notwendigkeit bescheinigt. Ein System, das also den Anforderungen der Kranken in vollem Maße gerecht wird. Die Honorierung erfolgt nun auf Grund dieser Vierteljahrsscheine. Ein kurzes Beispiel soll dies erläutern. Bezahlt die Kasse je Kopf und Jahr des Versicherten 8 Mark, so kämen also im Vierteljahr je Kopf 2 Mark, bei 1000 Versicherten also 2000 Mark zur Verteilung. Und wenn 500 Zuweisungsscheine abgegeben wären, so würde jeder derselben für das Vierteljahr mit 4 Mark honoriert werden, wenn aus der Summe von 2000 Mark nicht die Fahrtunkosten (Kilometergeld) und besondere Leistungen honoriert würden, die aber auch etwa 20 v. H. betragen. Es kommen also in Wirklichkeit für Beratungen und Besuche nur 1600 Mark zur Verteilung, es wird also der Schein nur mit 3,20 Mark honoriert. Nun hat eine langjährige Statistik ergeben, daß im Durchschnitt aller Behandelten im Vierteljahr auf den Schein etwa 3 Beratungen und ½ Besuch kommen (im Jahre auf die Zahl der Versicherten nahezu das Doppelte, gleich 5 Beratungen und 1 Besuch).

Im letzten Vierteljahr wurde nun der Zuweisungsschein z. B. mit 4 Mark honoriert, d. h. die Beratung mit 1 Mark, der Besuch (1 Besuch gleich 2 Beratungen) mit 2 Mark.

Dies ist eine Honorierung, die keinesfalls auch nur annähernd den heutigen Lebensverhältnissen entspricht, wo alle Lebensbedürfnisse mindestens um das Fünf- bis Zehnfache im Preise gestiegen sind.

Dieser Honorierung liegt ein Pauschalsatz von 8,50 Mark je Kopf und Jahr zugrunde, woraus hervorgeht, daß eine Erhöhung auf 13 Mark, den Höchstsatz des Dezemberabkommens 1919, ganz unzulänglich sein würde.

Dazu kommt noch, daß jetzt die Versicherungsgrenze auf 15 000 Mark, der Grundlohn auf 80 Mark (gegen früher 10 Mark) erhöht worden ist, so daß auch der Grund, der früher von den Krankenkassen angegeben wurde für die Unmöglichkeit einer wesentlich besseren Honorierung der Aerzte, wegfällt, da die Krankenkassen jetzt wesentlich höhere Beiträge erheben können.

Die Mitglieder der Krankenkassen haben ein Recht darauf, daß heute, wo die Krankenversicherung schon längst nicht mehr nur die Unbemittelten und wirtschaftlich Schwächsten in sich faßt, die sie behandelnden Aerzte ausreichend honoriert werden, und ihre Arbeitsfreudigkeit erhalten wird, sie selbst aber nicht gegenüber den andern, wenn auch ohne Grund, sich als Patienten 2. Klasse zu fühlen brauchen, weil ihre ärztliche Versorgung so mangelhaft honoriert wird, daß der nur Kassenarzt oder doch in der Hauptsache auf die Tätigkeit bei Krankenkassen angewiesene Arzt zur Massenarbeit gezwungen wird, wenn er ein ausreichendes Einkommen erwerben will.

Die Aerzte sind der Ueberzeugung, daß, wenn die Kenntnis dieser Verhältnisse in unserem Volke mehr verbreitet wird, die Sympathien desselben in dem drohenden Kampfe zwischen Krankenkassen und Aerzten, zumal diese immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu sachgemäßen Verhandlungen betont haben, zweifellos auf ihrer Seite sein werden.

Die deutsche Sprache in Thorn

d. a. Thorn, 27. Mai.

In der letzten Sitzung der Thorner Stadtverordneten ist beschlossen worden, daß bei den Verhandlungen die polnische Sprache fernerhin zulässig sein soll, doch sollen die Redner verpflichtet sein, den wesentlichen Inhalt ihrer Ausführungen in deutscher Sprache zu wiederholen, damit den nur deutschsprechenden Mitgliedern das Verständnis nicht verloren gehe. Ferner sollen für alle Straßen polnische Bezeichnungen eingeführt werden, jedoch werden die bisherigen deutschen Straßennamen neben den neuen polnischen beibehalten.

Die Stellung der rheinischen Bauernschaft

b. Köln, 27. Mai.

In einer Versammlung der Kreisbauernschaft des Siegkreises wurde von dem Geschäftsführer des rheinischen Bauernrates in Köln bekanntgegeben, daß man von der Gründung einer eigenen Bauernpartei gesprochen, daß man aber von einer solchen absehen müsse, da, wenn alle Bauern in einer Partei beieinigt seien, sie doch in der Minderheit bleiben würden. Bisher hätten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Wünschen der Bauernschaft Entgegenkommen gezeigt und Bauernkandidaten aufgestellt. Die Zentrumspartei habe sieben Kandidaten an sicherer Stelle in der Rheinprovinz aufgestellt. Die neue Christliche Volkspartei habe im Kreis Koblenz-Trier unter sieben Kandidaten sechs Landwirte aufgestellt. Für eine einzelne Partei dürfe eine Wahlparole nicht ausgegeben werden. Die Parole der Bauernschaft heiße: „Der Feind steht links!" Wenn es im neuen Reichstage wieder zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie komme, müssen wir in dieser Koalition tonangebend sein, mögen die Sozialdemokraten das Staatsschiff rudern, wir wollen es lenken!

Generalstreikdrohung in Bayern

b. München, 27. Mai.

Die Münchener Betriebsräte hatten am vergangenen Donnerstag eine Entschließung angenommen, die von der Regierung binnen 24 Stunden die Aufhebung des Verbots der sozialistischen Presse, Sicherheit der Redefreiheit und Freilassung aller vom Volk aufgestellten Kandidaten zu den gesetzgebenden Körperschaften verlangte, widrigenfalls man in den Generalstreik eintreten würde. In einer am Dienstag tagenden Versammlung wurde bekanntgegeben, daß die Regierung die Forderungen der Arbeiterschaft bis auf einen Punkt erfüllt habe, und daß wegen dieses einen Punktes, nämlich Freilassung der zehn in Haft befindlichen Kandidaten, nicht der Generalstreik erklärt werden dürfe. In einer Entschließung behält sich die Versammlung einen geeigneten Zeitpunkt für ihr letztes und schärfstes Kampfmittel, den Generalstreik, vor.

Die feindlichen Brüder

b. München, 26. Mai.

Zu einem Bruderkampf zwischen U. S. P. D. und K. P. D. gestaltete sich das erste Auftreten des Unabhängigenführers Ledebour als Wahlredner in München. Er sprach infolge der Hitze in Hemdsärmeln und zog die knalligsten Register. Die in München geschaffene bürgerliche Einheitsfront tat er mit dem Satze ab: in Bayern hat sich die ganze Blase zu einem Bürgerblock zusammengeschlossen, und rief aus: es ist eine gute Zeit für Mörder im ganzen Deutschen Reiche.

Der Kommunistenführer Otto Thomas trat Ledebour entgegen und nannte unter ohrenbetäubendem Lärm die U. S. P. D. eine kapitalistische Partei. Ledebour rief in die tobende Menge: Wer solchen Unsinn redet, hat sich selbst gerichtet. Ein Teil der Versammlung trat für Ledebour, ein Teil für Thomas ein. Schließlich wurde die Debatte abgebrochen. Ledebour bezeichnete in seinem Schlußwort die kommunistischen Angriffe mit infamen Verleumdungen, unerhörter Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit.

Dieser Bruderkampf hatte Ledebour anscheinend so mitgenommen, daß er einer Parteiversammlung mitteilen ließ, er sei zu erschöpft.

Ernennungen zum Reichswirtschaftsrat

b. Berlin, 27. Mai.

Die Körperschaften, die das Recht der Ernennung zum neuen läufigen Reichswirtschaftsrat erhalten haben, haben zum großen Teil bereits die Persönlichkeiten benannt, die sie im Reichswirtschaftsrat vertreten sollen. Nach den bisher vorliegenden Benennungen sind folgende Mitglieder zum Reichswirtschaftsrat ernannt:

Vom Reichskohlenrat: als Arbeitgebervertreter: für Steinkohle: Hugo Stinnes, für Braunkohle: Generaldirektor Schumann; als Arbeitnehmervertreter: für Steinkohle: Imbusch, für Braunkohle: Otto Hué.

Vom Reichsstädtebund: Oberbürgermeister Dr. Böhlian-Eitenburg und Syndikus Dr. Haetel.

Vom Deutschen Städtetag als Vertreter des Hausbesitzes: Oberbürgermeister Blüher-Dresden und Stadtrat Dumar-München.

Vom Verband deutscher Hausfrauenvereine: Frau Charlotte Mühsam-Berlin und Frau Emma Cromer-Mannheim.

Vom Deutschen Aerztevereinsbund: Sanitätsrat Dr. Hartmann-Leipzig.

Vom Reichsverband der deutschen Presse: Chefredakteur Georg Bernhard.

Vom Deutschen Werkbund: Prof. Dr. Ernst Jäckh.

Vom Verband deutscher Gartenbaubetriebe: Generalsekretär F. Johs. Beckmann-Berlin-Neukölln.

Vom Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften zusammen mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften als Vertreter des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens: Verbandsdirektor Landesökonomierat Peter Johannsen-Hannover, Anwalt Otto Gennes-Berlin, Verbandsdirektor Oekonomierat Katholi-Landau (Pfalz), Geh. Justizrat Hermann Dietrich-Metzeltin. Ferner als Vertreter des Kleinbesitzes: Landwirt Wilhelm Mann-Bingenheim-Metternich bei Koblenz, Schultheiß A. Trübenbach-Sondra (Thür.), Besitzer Gustav Schemionek-Pobsch (Ostpr.), Landwirt Josef Reinsch-Thandorf bei Habelschwerdt i. Schl., Bauerngutsbesitzer Alwin Domsch-Groß-Heuersdorf (Sachsen), Schultheiß Johannes Schwoerer-Oberstenfeld (Württemberg), Landmann Heinrich Weinberg-Zwerdeborg (Oldenburg).

Reichstarif im Bankgewerbe

w. Berlin, 27. Mai.

Zwischen den Zentralverbänden des Bankgewerbes fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, auf Grund deren der Reichsarbeitsminister den Parteien u. a. beschlug, daß die Verhandlungen über einen endgültigen Reichstarifvertrag spätestens am 15. Juni auf Einladung des Arbeitsministeriums vor dem gleichen Kollegium mit den Parteien wie die letzten Schlichtungs-Verhandlungen beginnen.

Weiteres Steigen der Mark

c. Basel, 27. Mai.

Die deutsche Mark ist heute bei der Börsenöffnung in Basel und Zürich weiter in beschleunigtem Tempo gestiegen und notiert offiziell 18 bis 18,5, im freien Handel bis 19 Centimes. Auch die österreichische Krone ist stärker in die Höhe gegangen und notiert 5 Centimes. Das ist der höchste Kursstand seit einem Jahr, da die Krone sich dauernd unter 3 Centimes hielt.

Zur Nachahmung empfohlen!

Der Bund sächsischer Staatsbeamter legte öffentlich nochmals drücklichst Verwahrung gegen die Absicht der sächsischen Regierung ein, zum Amtshauptmann von Dresden-Neustadt ein Mitglied einer politischen Partei zu ernennen, das bisher weder im Staatsdienst noch im Kommunaldienst tätig war und auch keinerlei Vorbildung für den Verwaltungsdienst genossen hat. Die Besetzung eines Fachamtes lediglich nach parteipolitischem Interesse sei ein Herabwürdigung des Ansehens der Staatsbehörden überhaupt und eine unstatthafte Verwendung von Staatsgeldern. — Endlich einmal ein energischer Ton gegen das heutige Parteigruppenwesen. Es wäre wünschenswert, wenn man überall im Reiche so vorgehen würde.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat angeordnet, daß die mit der Bearbeitung der Wohnungsaufsicht und Wohnungspläne in den Zentralinstanzen der verschiedenen Länder betrauten Beamten Ende Mai zu einer gemeinsamen Aussprache in Naumburg zusammenkommen.

Ein schwedisches Urteil über den Bolschewismus

Uns wird die Uebersetzung eines Artikels des „Swenska Dagbladet" über die Verhältnisse in Sowjet-Rußland zur Verfügung gestellt, den wir leider aus Raummangel nicht vollständig bringen können, von dem wir aber die wichtigsten Mitteilungen unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Ueber das Leben in Petersburg werden folgende Angaben gemacht: Der Staat soll für die Bürger sorgen, aber er gibt mir ¼ bis ⅜ Pfund (100—150 Gr.) Brot und einmal am Tage einen Teller sogenannte Suppe und 200 Gramm Zucker für einen Monat. Dies alles kostet pro Person und Monat 400 Rubel. Alles andere muß man sich selbst zu phantastischen Preisen verschaffen, weil der Rubel gänzlich seinen Wert verloren hat, so daß ein Stückchen unbedrucktes Papier beinahe mehr Wert ist als ein Kassenschein. Ein Leninrubel entspricht ungefähr einem halben Oere nach dem alten Werte. Hinterzerum kostet Brot 850 Rubel, Fleisch 700, Kartoffeln 90, Butter 24 000, Zucker 22 000, ein Würfel Zucker 55, Salz 400, Zwiebeln 160 Rubel, alles je ein russisches Pfund. Eine Zigarette kostet 6 Rubel, ein Ei 160 Rubel, ein Hering, meistens verfault, 600 Rubel, ein Klafter Holz 10 000 Rubel. Diese Preise galten im Dezember. Im Februar waren sie um 25 bis 40 Proz. gestiegen. Selbst der Tageslohn in der Arbeiterarmee, der als Maximum 5000 Rubel im Monat beträgt, reicht nicht aus, um die nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Preissteigerung geht unaufhaltsam weiter. Hat man ein kleines Kapital oder eine Tauschwaare zur Verfügung, so kann man in einer Woche im Schleichhandel 100 Proz. verdienen, trotzdem sehr strenge Bestimmungen gegen den Schleichhandel erlassen sind. Todesfälle werden zu tausenden in der Woche gezählt, hauptsächlich grassiert Flecktyphus. Die Wasserversorgung ist sehr schlecht. Die Abluftrohre sind verstopft, der Schmutz wird auf die Straße geworfen. Nur die Kommissare und deren Liebhaberinnen, die sich mit Zobel und funkelnden Juwelen schmücken und durch die Straßen im Auto fahren, sind die einzigen, die keine Not leiden.

Der Terror herrscht weiter. Die Geheimpolizei ist beinahe ebenso gut organisiert wie zur Zeit des Zarentums. Trotzdem die Hinrichtungen offiziell abgeschafft sind, finden sie immer weiter statt. Das Einzige, was die Bolschewisten eingemachen organisiert haben, ist die Armee, die Polizei und die rote Agitation. Lenin soll nach der Mitteilung des Berichterstatters zweifellos ein Idealist sein, der an seine Mission glaubt, jedoch ist er von einer Menge Kommissaren umgeben, die zum großen Teil große Verbrecher sind, Räuber, die die Männer des alten Regims im bezug auf Gewinnsucht und Rücksichtslosigkeit übertreffen. Lenin hat alle Gedanken an Gleichheit bezüglich Einkommen und freier Arbeitswirksamkeit fallen lassen. Er will mit hohen Gehältern die besten Administratoren anlocken, die zu haben sind. Die Arbeiter selbst sollen nach Aufhebung der Arbeiterräte und des Streikrechtes zur Arbeit gezwungen werden. Die Millionen Bauern Rußlands sehnen sich fort vom Kommunismus zu einem eigenen Stückchen Boden. Rußland kann in der nächsten Zukunft überhaupt keine Waare entbehren, und auch wenn es welche hätte, würde es sie nicht ausführen können, da es kein rollendes Material und Brennstoffe besitzt.

Trotz der großen Kriegsmacht der Bolschewisten ist ihre Armee nicht unbesiegbar, wie der erfolgreiche Widerstand Finnlands beweist. Der Bürgerkrieg in Rußland hat sich zum größten Teil so abgespielt, daß die Truppen wechselweise zum Gegner übergegangen sind. Die bolschewistische Armee wird durch barbarische Grausamkeit zusammengehalten. Eine Armee nach europäischer Anschauung ist sie jedoch nicht, und die hauptsächlichsten Waffen Räterußlands verbleiben auf lange Zeit Intrigue und Agitation.

Der Artikel schließt:

„Was den Frieden mit Rußland anbelangt — vielleicht ist nichts anderes möglich, als Frieden zu schließen, da Lloyd Georges an der Spitze einer neuen politischen Strömung schwimmt, — es muß jedenfalls etwas getan werden, um einen Damm gegen den russischen Bolschewismus in seiner weiteren Ausbreitung zu setzen. Ein Kampf gegen diesen ist, das wissen wir, die wir nahe demselben leben, am besten, buchstäblich ein Kampf für Herd und Heimat. Wenn die Proletarier alles zerstören wollen in der vergeblichen Hoffnung, daß eine neue Welt von selbst aus den Trümmern emporwachsen wird, dann muß es über die ganze Welt hinausgerufen werden:

„Bürger aller Länder vereinigt euch!

Vereinigt euch nicht zum Kampf gegen die Arbeiter-Masse, die zu einem großen Teil aus Bürgern besteht oder gegen den Sozialismus, dessen Forderungen jetzt in aller Eile wesentlich verwirklicht werden, auch nicht zur Verteidigung der Ungerechtigkeiten in der Machtverteilung des alten Staates und am allerwenigsten für die Neureichen, weder Juden noch Christen, deren Erwerbswirksamkeit während des Krieges um eine neue Formulierung von Proudhom's Satz: „Eigentum ist Diebstahl" gegeben hat; vereinigt euch zur Verteidigung der Kultur, die trotz allem doch im alten Staat vorhanden ist und auf Grund deren ein neuer, besserer einmal aufgebaut werden soll."

*

— Friedrich Lowell, der aus Halle gebürtige, in weiteren Kreisen unseres Vaterlandes durch seine Schriften rühmlichst bekannte Urenkel Friedrich Ludwig Jahns, hat der kürzeren eine neue Dichtung vollendet, die unter dem Titel „Der Kampf um Hithabu" soeben im Verlage von Otto Thiele, Halle, erschienen ist. Im Hintergrunde der Handlung steht die durch Sage und Geschichte bekundete Auswanderung eines Teiles des germanischen Stammes der Angeln nach Britannien, die dadurch hervorgerufene Not der Heimgebliebenen, die, von den Dänen bedrängt, die Schweden zu Hilfe riefen und im Kampf um das „nordische Troja" endgültig auf Rügen Norduser der Schlei zurückweichen mußten. Der anderthalbtausendjährige Haß der Festlandgermanen gegen die mit fremdschen Völkern vermischten Angelsachsen, die heutigen Engländer, findet in dem selbstsüchtigen Verhalten der Briten den Nordlern kommen der im Mutterland verbliebenen Angeln gegenüber Stütze und Begründung. Sitten und Bräuche, Glauben und bewunderbare Gestaltungskraft der heimischen Götterlehre einen unter harten Lebensbedingungen um sein Dasein kämpfenden Volkes treten in glanzvollem Lichte vor das geistige Auge des Lesers und lösen in der klangvollen Sprache des Dichters reiche Wechselwirkungen aus. Durch die Stürme unserer Tage dringt geheimnisvolles Rauschen aus uralter Zeit, dröhnt der Ruf vordern mahnender Kraft, der Heimat die Treue zu wahren, wie des Schicksals unergründliches Wogen das Vaterland umbranden und umtosen möge. Da die vorliegende Schöpfung in glücklicher Form die alten Dichtarten in sich vereint, ist sie für Schulunterricht und Forschung gleich mustergültig. „Der Kampf um Hithabu", sowohl zum Lesen am Feuer des Kamines wie am stillen Heideori geeignet, ist nicht zuletzt dazu angetan, auch durch öffentlichen Vortrag zu begeistern. Das Buch kostet zum Preise von 4 Mark durch jede bessere Buchhandlung oder unmittelbar vom Verlage bezogen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

tzk. Merga a. d. Elster, 25. Mai. (Jugend von heute.) Hier nehmen die Klagen über Verwahrlosung der Jugend zu. In den Nachtstunden wird allerhand grober Unfug verübt u. a. sind die Parkbänke in einer ekelerregenden Weise beschmutzt worden. Leider nehmen auch die Klagen zu, daß in Wäldern und Fluren allerlei Forst- und Felddiebstähle verübt werden. So sind u. a. aus unseren städtischen Waldungen in rücksichtsloseste Weise Bäume niedergeschnitten und gestohlen worden. Der Stadtgemeindevorstand richtet an die Bevölkerung eine eindringliche Warnung, in der es heißt: Wald und Flur ist nicht Allgemeingut im Sinne der Diebe. Noch besteht das Gesetz, das zu achten auch heute noch Pflicht des ehrlichen Mannes ist. Schützt die Natur und ihre Schönheiten, achtet sie und andere ab, sie zu schänden. Der Gemeinderat hat eine Anweisung gegeben, daß Diebstähle strafrechtlich verfolgt werden sollen.

Z. Dessau, 26. Mai. (Der Landtag) nahm heute seine Beratungen wieder auf, um die Arbeiten möglichst zu fördern am nächsten Mittwoch zu beenden; die Zwischenzeit bleibt ungeschrieben. Das Haus setzte zunächst die Beratung des Staatsgesetzes fort. Der Etat des Staates und der Etat und die Verwaltung der Landespfarrkasse wurden in zweiter Lesung angenommen. Es folgte die zweite Lesung des Grundsteuergesetzes. Bei § 5 entwickelte sich nochmals eine Generalaussprache, in der aber neue Gesichtspunkte nicht zutage gefördert wurden. Der Ausschuß hat niedrigere Steuersätze beschlossen. Danach beträgt die Steuer 1 vom Tausend für die ersten angefangenen oder vollen 20 000 Mark statt 10 000 Mark, wie es die Vorlage vorsah usw. Nachdem auch noch andere Abänderungen in der Ausschußfassung angenommen worden waren, wurde das Gesetz schließlich in zweiter Lesung angenommen.

tzk. Hilbburghausen, 26. Mai. (Gefaßter Hehler.) Auf hiesigem Bahnhof wurde ein Fremder festgenommen, der zwei Rucksäcke, eine Handtasche und einen Handkoffer bei sich führte. Die Handtasche enthielt einen Armeerevolver und eine Anzahl dazugehörige Patronen (Dum-Dum), der Rucksack zwei Schinken und der Handkoffer eine große Anzahl Silbersachen im Wert von etwa 30 000 Mark. Durch auf den Silbersachen eingravierten Widmungen und Namensgäge stellte sich heraus, daß die Sachen beim Rittergutsbesitzer von Buttler in Heldritt gestohlen waren.

tzk. Gera, 26. Mai. (Unfall oder Verbrechen?) Der Dienstknecht Hegner des Gutsbesitzers Thielicke in Poris war am 2. Feiertag mit einem Einspännerfuhrwerk mit Milchkannen nach dem Sächsischen Bahnhof in Zwötzen gefahren. Kurze Zeit darauf kehrte aber das Fuhrwerk führerlos nach Poris zurück. Hegner traf kürzere Zeit später, am Kopfe stark blutend und wankend ein, verlor aber bald das Bewußtsein. Während des Transportes ins Krankenhaus ist Hegner verschieden. Eingehende Ermittelungen zur Aufklärung des Vorganges sind im Gange.

tzk. Meiningen, 26. Mai. (Gefaßte Schieber.) Einige Feldjäger überraschten im benachbarten Zeitzigacker eine mit Geschirr ausgestattete Schiebergesellschaft. Als diese die Feldjäger erblickte, suchte sie, auf ihre Pferde peitschend, mit ihrer Beute zu entkommen. Unterwegs verloren sie dabei ein Rad und mußten den Wagen nebst Inhalt (480 Pfund Rindfleisch und 65 Pfund Schweinefleisch) den Feldjägern überlassen. Die Schieber suchten auf ihren Pferden das Weite.

sk. Plauen i. V., 26. Mai. (Ueberhandnehmender Grenzschmuggel.) Der Eierschmuggel von Böhmen nach Sachsen hat von Woche zu Woche größeren Umfang angenommen trotz verschärfter Grenzbewachung. Eine beherzte Streife führte zur Festnahme von 11 Paschern, die, nachdem ihnen die wertvolle Schmuggelware abgenommen war, in das Adorfer Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurden. — In der Nähe der bayerisch-böhmisch-sächsischen Grenze bei Neuhaus fand vergangene Woche ein Vermessungsbeamter eine Anzahl goldene Altargefäße, die in Stücke zerfägt oder zerschlagen und jedenfalls von Kirchenräubern im dichten Walde verborgen worden waren, um sie gelegentlich über die Grenze zu schaffen. Der Edelmetallfund wird auf 40 bis 50 000 Mark geschätzt.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes.
Freitag: Wolkig, etwas kühler, ohne nennenswerte Niederschläge

Sofort lieferbar Bergmann-Lastwagen, neue u. gebrauchte,
Kette und Cardan, neue Vollgummibereifung.
Bergmann, Automobile, Magdeburg.

Statt Karten.
Meine Verlobung mit Fräulein
Margarete König
beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Hermann Elsaesser,
Landwirt.
Bad Kissingen, Untere Marktstrasse 18. — Priester b. Nauendorf (Saalkreis),
Pfingsten 1920.

Ihre Vermählung haben bekannt
Regierungsassessor Hans Mangelsdorf
und Frau Mangelsdorf
geb. Koch.
Berlin, 26. Mai 1920.

Bibliotheken aller Wissenschaften, kostbare Drucke aller Zeiten und Sprachen sowie einzelne Bücher von Wert kaufe zu höchsten Preisen. Antiquariat Gesellius, Berlin W.8, Mohrenstr. 52.

Am 25. Mai abends 11 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden unsere herzlich geliebte Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter, **Frau verwitwete**
Elisette Becker
geb. **Pitzschk**
im 83. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Richard Becker, Oberstadtsekretär
Hugo Becker, Mittelschul-Lehrer.
Halle S., Friedrichstrasse 24,
den 26. Mai 1920.
Beerdigung Sonnabend, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus.

Stellen-Angebote

Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung
bestingeren, gut eingeführten
Reisenden
Gesuche der Zigarren-Spezialgeschäfte, Tabakwarengeschäfte u. größeren Kantinen. Gefl. Angebote und Antritt nach Uebereinkunft. Gefl. Angebote erb. u. K. 2897 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche zu meine 350 Morgen große Landwirtschaft sofortigen Antritt oder für 1. Juli 1920 eine
tüchtige Mamsell
unter 20 Jahren. Landwirtstochter bevorzugt. Offerten erbeten an
Vogel, Gutsbesitzer, Hainichen
bei Zeitz.

Anständiges **Hausmädchen** gesucht mit Familienanschluß zum 1. Juni
Brandt,
Lindenbergerstr. 102.

Stellen-Gesuche

Jg., anst. Mädchen,
19 J. schon in Stellung gewesen, sucht Stelle als Stütze zum bald. Antritt. Gefl. Off. erb. u. Z. 2896 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Miet-Gesuche

Welcher Parteifreund in Halle oder Giebichenstein würde, um Zwangseinquartierung vorzubeugen, deutschnat. Beamten möbl. Wohn- und Schlafzimmer mit 2 Betten, mögl. Gaskocheinrichtung, ablassen? Angebote mit Preis erb. an Bergmann, Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Geldverkehr

12 000 M.
gegen 12 % Zinsen bis 1. August per sofort gesucht. Offerten unter **H. B. 1540 an Ala. Haasenstein und Vogler**, Gr. Ulrichstr. 63.

Verloren

Belohnung.
Am 2. Pfingsttag nachm. im Zoologischen Garten Damen-Armband-Uhr verloren. Der ehrliche Finder wird gebet. Nachricht zu geben an Frau **Tolle, Merseburg,** Wagnerstraße 8.

Gold. Uhr verloren
Nr. 29744, Repetierwerk mit schwarzer Kriegsfeite. Geg. gute Belohnung abzugeben bei **Karl Rossau, Halle,** Geiststraße 61.

Goldene Damen-Uhr
mit Schlangenkette auf dem Wege Dryandersfr., Magdeburgerstr. u. Bismarckstr. (Kino) verloren. Da teur. Andenken, gegen hohe Belohnung abzugeben Dryandersstr. 2 II bei **Höse.**

Kaufgesuche

Ein kleines
Ruderboot
für 2—3 Personen zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an
Tiege,
Sachsl. Masch.-Fabr. u. Eisengiesserei, Sachsenburg, Kreis Eckartsberga.

Kleeabfälle
und Wegebreite kauft
Adolf Selowsky,
Grünberg i. Schlesien,
Saat-Reinigungsanstalt.

Soeben erschienen:
Der Kampf um Hithabu
Ein Heldengedicht aus deutscher Vorzeit
von Friedrich Quehl.
Zweifarbendruck mit einer Kunstdruckbeilage. Preis 4 Mk.
Zu beziehen durch jede bessere Buchhandlung sowie den
Verlag Otto Thiele
Telephon 7801. Halle-Saale Leipzigerstr. 61/62.

Verkäufe

Brennholz.
1 Waggon Minentornister
sofort und billigst abzugeben.
Becker, Gehren i. Thür. Fernruf 11.

Gußeisernes, emailliertes
Kochgeschirr u. Pfannen
in allen Größen empfehlen preiswert
Gebr. Gruneberg, Eisenwarenhandlung, Geiststraße 41.

Holzspaltemaschinen,
doppelwirkend, starkes Modell, zu verkaufen.
Bindedraht Nr. 10, ca. 500 kg,
sowie 5 Stück 3teilige **Auflegematratzen,**
90×190, guter Drell, zu verkaufen. Zu erfragen
Hoppe & Co., Langestraße 23. Telephon 2727.

Ueberzähliges schweres
Arbeitspferd
hat zu verkaufen
Domäne Schortewitz
bei Weißandt (Anhalt).

Freitag, den 28. Mai, nachm. 4 Uhr soll im Gasthof „Zum Reidetal" zu Bruckdorf der
Kirschenanhang
der Halle—Bruckdorfer Chaussee meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. Bedingungen im Termin.
In A.:
Millus, Gutsbesitzer.

Ein Paar bildschöne
Jucker,
5—6 Jahre alt,
Dunkelfuchs
und
Rappstute,
1,62 groß, vollständig gesund, fehlerfrei und zugfest, mit viel Gang, stehen preiswert zum Verkauf.
Karl Kyritz,
Halle a. S. Fernr. 6373.

Vier prima
Schafböcke (Merino),
von Friedeburg und Wartin stammend,
100 Merzschafe,
zur Zucht noch gut geeignet, verkauft
Rittergut Benndorf bei Gröbers.

Obstverpachtung.
Die diesjährige Obstnutzung unserer
Plantagen in Beesenstedt, Closchwitz, Schwittersdorf und Zörnitz
soll am Montag, 31. Mai d. J., nachm. 3 Uhr im „Spellig"schen Gasthofe hierselbst meistbietend gegen sofortige Barzahlung verpachtet werden. Beesenstedt ist Station der Halle-Hettstedter Bahn.
Beesenstedt, den 19. Mai 1920.
Bernhard Nette. Frh. v. Entress-Fürstenecke.

Kirschenverpachtung.
Der diesjährige Kirschenanhang der Gemeinde Volkmarsdorf soll
Dienstag, den 1. Juni, nachm. 3 Uhr
im hiesigen Gasthaus meistbietend gegen sofortige Barzahlung verpachtet werden.
Volkmarsdorf, den 25. Mai 1920.
Der Gemeindevorsteher.
Müller.

Obstverkauf.
Der diesjährige
Obstanhang des Rittergutes Dippin
soll verkauft werden. Schriftliche Gebote sind bis Mittwoch, den 2. Juni, einzureichen. Die Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Rittergutes zur Einsicht aus.
Die Gutsverwaltung.

Obst-Verpachtung.
Der diesjährige Kirschenanhang der Rittergüter Klosterrode mit Freigut Blankenheim und Bornstedt-Neuglück mit Holdenstedt und Wolferode soll
Freitag, d. 28. Mai 1920, nachm. 5 Uhr
im Rentamt Klosterrode
unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Kirschen-Verpachtung.
Der starke Kirschenanhang hiesiger Plantagen, zirka 2500 tragbare Bäume, soll
Montag, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr
im Gasthof zur Goldenen Aue hier
nach bekanntgegebenen Bedingungen meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden.
Rittergut Anleben bei Heringen (Helme).
Beyreiss.

Zementkalk, Gipskalk, Putzgips, Gesehwindgips, reine buchene Sägespäne
gibt ab à Zentner 3½ Mark
Ernst Rumpf, Ustrungen.
Fernsprecher Nr. 6.

Für Reparatur-Werkstätten.
Benzin-Waschapparat, eis. Putzwollfäden, Feder-, Chromnickel-, Maschinen-, Tres- u. Naturdrehstahl, Magnet, Schloß- u. Maschinenschrauben, Oelfangbleche, 1 Säulen-Schnellbohrmaschine, bohrend bis 30 mm, selbsttätiger Vorschub, 1 elektr. Handbohrmaschine, 220 Volt, bis 9 mm bohrend, 1 Seitenspindeldrehbank, Hohlspindel, Spitzenhöhe 280 mm, Drehlänge 2000 mm, 1 elektr. Signal-Anlage (1 Haupt- u. 1 Neben-Uhr, 3 Glocken, 4 Klinkenten), 1 Blechschere, 1 Flaschenzug bis 2000 kg Traglast, 1 Schleifstein mit Trog 160/350 mm, Werkzeuge, ca. 20 Mtr. Transmissionswelle 55 mm Durchmesser mit 14 Nägellagern.
Friedrich Otto, Halle a. S., Hordorferstr. 4b.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. **Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0003

Burschen heraus!

Deutsche Studenten!

Burschen heraus, so muß es jetzt wieder durch die deutschen Lande schallen! So muß es vom Norden zum Süden erklingen.

Rettet wieder das Vaterland, steht mutig **für Euer Deutschtum** ein, wie Ihrs in hundert Schlachten getan habt

Sozialdemokratie und Demokratie im Bunde verschreien die deutsche Studentenschaft **als reaktionär,** wollen ihr ihre heiße Vaterlandsliebe aus der Brust reißen und sie zu willenlosen, aber auch seelenlosen **Feiglingen** machen.

Wehrt Euch, deutsche Studenten! Wehrt Euch aber nicht allein mit dem Stimmzettel am Wahltage, sondern leistet Wahlarbeit in den Tagen vor der Wahl. Man will die **akademische Freiheit antasten,** Hänisch's **Studentenrecht** soll Euch **rechtlos** machen. Dafür will man **die Ausländer Euch gleichstellen, den Ostjuden** Tür und Tor öffnen und damit den **Schiebern und Wucherern,** die unser deutsches Volk aussaugen. **Wie dieser Reichstag ausfällt, so fällt auch die akademische Freiheit aus.** Also je mehr die Rechte, die Opposition, an Stimmen erhält, um so weniger wird es möglich sein, dem Studenten **die** Rechte vorzuenthalten, die man mit dem Betriebsrätegesetz den **achtzehnjährigen Arbeitern** gegeben hat.

Wie es die Sozialdemokraten aller Schattierungen mit den Kopfarbeitern meinen, wißt Ihr. Der Handarbeiter, der seine Kenntnisse in kurzer Zeit erwirbt, soll das **Mehrfache von dem Kopfarbeiter** verdienen, der Jahre gebraucht, um auch nur die bescheidenste Stellung zu erlangen.

Hallische Kommilitonen!

Und die Demokraten? Besucht die Versammlungen hallischer Demokraten, dann! Ihr seht, wie der Wind dort weht.

Von Juden und Judengenossen aus Berlin geführt, können auch die örtlichen Demokraten diese Abkunft nicht verleugnen. Sonst wären solche Verhältnisse, wie sie hier wie überall herrschen, unmöglich.

Denkt an die Löffler-Versammlung vom 11. Mai d. Js. Als ein Akademiker nationale Töne anschlug, brüllte ihn die Demokratie nieder und entzog ihm — echt demokratische Redefreiheit — das Wort. Als aber ein unabhängiger Student die akademisch Gebildeten herabsetzte und sich über nationale Begeisterung lustig machte, fand er **Beifallsstürme bei den Demokraten.**

Und Ihr, die Ihr mitgekämpft habt für die Befreiung Eurer Vaterstadt, Eurer Universitätsstadt von den roten Banden im März! Wißt Ihr noch, wie der hiesige Demokratenführer Dr. Schreiber Euch mit seiner demokratischen Presse in den Schmutz gezogen hat? Wie Euch diese Demokraten den Spartakisten ausliefern wollten!

Vergeßt das nicht! Tut Eure Pflicht als vaterländisch gesinnte Männer und

meldet Euch in Scharen bei der deutschnationalen Wahlhilfe, Alte Promenade 10, zur Mitarbeit.

Arbeitet für den deutschnationalen Gedanken und

wählt deutschnational, Liste Hemeter!

Unsere Aktionäre laden wir zu der am

Dienstag, d. 22. Juni d. Js., vorm. 9½ Uhr

in dem **Beratungszimmer des Bankhauses Reinhold Steckner in Halle a. S.,** Kleinschmieden, stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1919.
2. Beschlußfassung über die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Erteilung der Entlastung an den Aufsichtsrat und den Vorstand.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens 72 Stunden vor der Stunde der Generalversammlung während der Geschäftsstunden bei der Gesellschaft oder dem Bankhause **Reinhold Steckner** in **Halle a. S.** oder bei der **Direktion der Discouto-Gesellschaft Filiale Magdeburg** ein doppeltes Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einreichen und die Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank hinterlegen. Die Aktien oder Hinterlegungsscheine können auch bei einem deutschen Notar hinterlegt werden.

Schafstädt, den 25. Mai 1920.

Eisenwerk Schafstädt

Friedrich Schimpff & Söhne Akt.-Ges.
Der Vorstand. Wilhelm Schimpff.

Eine nationale Feier

bedeutet der Vortrag von

Walter Zacmeister

(ehem. Reichstagsabgeordneter)

am **Sonntag, den 30. Mai,** 11 Uhr vormittags im **„Apollotheater“.**

Eintritt 50 Pfg. **Fester Platz 1 Mk.**

Vorverkauf in der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Leipziger Str. 53, Hof links.

Deutsche Volkspartei.

Reichs-Rentner-Verband (Sitz Hann

Ortsgruppe Halle a. S.

Die wirtschaftliche Existenz der Rentner ist folge der ungeheuren Lebensteuerung u. der Steuern auf dem Spiel. Rentner u. Rentn schließt Euch alle zur Wahrung Eurer Inte der hiesigen am 10. Mai gegründeten Orts schleunigst an!

Anmeldungen bei den Unterzeichneten:

Robert Somburg, 1. Vorsitzender und Ge führer, Viktoriastr. 12.
Otto Voigt, 1. Kassenführer, Wettiner Str.
Paul Reiling, Beisitzer, Harz 11.

Landwirtsch. Buchführu

Einrichtung, laufende Rechnungsführung, Steuerabschluß. Revisionen.

„Treuhag“,

Leipziger Straße 20.

Buchführungs-Abteilung.

Die Frau, die Mutter

gibt ihre Stimme der Deutschen Volkspartei, weil diese sich dagegen wehrt, daß Religion, Pflicht- und Verantwortungsgefühl aus den Herzen ihrer Kinder gerissen werden.

Die arbeitende Frau

schließt sich der Deutschen Volkspartei an, weil sie von ihr die Herbeiführung geordneter Zustände und dadurch den Schutz ehrlicher Arbeit gegen Schieber- und Wuchertum erwartet.

Die kluge Frau

hat längst erkannt, daß die Deutsche Volkspartei weder am überlebten Alten hängt, noch sich von undurchführbaren demokratisch-sozialistischen Utopien blenden läßt, auch

die ernste Frau,

die bereit ist, in wahrhaft nationalem, sozialem und liberalem Sinne am Wiederaufbau unseres schmählich zusammengebrochenen Reiches und Volkes mitzuarbeiten,

gibt am 6. Juni ihre Stimme der Deutschen Volkspartei!

Deutsche Frauen! Wählt Liste Cremer!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 27. Mai.

Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei

Gestern abend besprach in einer sehr gut besuchten Versammlung im „Wintergarten" Prof. Scupin das Parteiprogramm der Deutschnationalen Volkspartei. Er nahm dabei von dem Versuch der Demokraten aus, vor Jahresfrist schwarz-rot-gold angemalte Stange in die Räder des nationalen Parteiwagens zu stecken. Sie zerbrach. Und wird der Versuch wiederholt. Damals stand darauf geschrieben: Kriegsanstifter — Kriegsverlängerer, heute heißt ihr Wappen-Putsch. Und was war dieser? Ein paar unfähige Leute sind davongejagt worden, das ist des Pudels Kern. Wir sind ohne Putsch dahingekommen, nämlich zu einer verfassungsmäßigen Regierung. Nur eine solche wird das Vertrauen des Volkes besitzen, welches seinen Ausdruck findet in dem Wahlzettel. Wenn diese seit 14 Tagen wieder langsam ist, so ist dies ein Verdienst der Rechten. Das Lächerlichste war der Untersuchungsausschuß, der die eigene schmutzige Wäsche vor Augen der Feinde wäscht. Kann man eine Regierung noch dulden, bei der ein Holz vier Wochen lang ein solches Verfahren führen konnte? Die Demokraten wälzen dauernd Verantwortung ab und kleben doch an den Ministersesseln. Ausgabenminister pflanzte neulich einen neuen Gestlerhut auf, pfuschte den Gerichten ins Handwerk. Alles das bestärkt uns: Fort mit der unfähigen Regierung! Das wollen zwar alle Unabhängigen, aber sie wollen auch das Rätesystem. Gesundung wird es nur auf nationaler Grundlage geben. Es kam der Redner auf das eigentliche Parteiprogramm zu sprechen. An dessen Spitze steht: Deutschlands Befreiung. Man muß denken, daß sie erreicht werden wird, indem wir zum Handeln kommen. Das tun wir nicht. Aber eine vernünftige auswärtige Politik ist dringend notwendig. An zweiter Stelle steht die Monarchie: sie ist ein Feilstück des nationalen Gedankens. Wir brauchen einen starken Führer — keine, sagen wir offen, Herde. Es gibt eine Gruppe pessimistischer Demokraten, die glauben, heute ohnmächtig beiseite stehen zu müssen. Wir brauchen, nicht dagegen die charakterlosen Leute. Wir wollen die Hohenzollern! (Lebhafter Beifall.) Wir wollen eine Dynastie, die 500 Jahre am deutschen Volke geschaffen hat, die uns alle 100 Jahre einen überragenden Mann gegeben hat. An der Seite des Monarchen wird das Parlament stehen. Auch die Frauen wollen wir nicht missen im Parlamente. Besteht doch die Deutschnationale Volkspartei aus Frauen. Ein Berufsparlament ist die beste Ausprägung des Gedankens. — Zum Regieren gehören gelernte Leute. Auch wir aufgesprochen in unserem neuen Parteiprogramm. Ferner die allgemeine, gleiche Wehrpflicht. Der Gedanke des Pazifismus ist auch zu finden bei der äußersten Linken, obwohl sie tiefste national ist. Darauf kam der Redner auf die geistige Arbeit des jüdischen Geistes zu sprechen. In allen Ländern gibt es Leute, welche diese zersetzende Arbeit erkannt haben. Von nicht geringerer Bedeutung ist das, was in dem Programm auf das Geistesleben Bezug hat. Wir wollen Leben auf unsere Vergangenheit und Geschichte. Wir treten ein für das Recht der Eltern ein, ihre Kinder erziehen zu lassen, wie sie es gern möchten. Wer begabt ist, soll diese Begabung ausnutzen. Dagegen soll dem Handwerk die Existenz erhalten bleiben. Die Ausführungen endeten mit der Stellungnahme zur Zwangswirtschaft, zum Betriebsrätegesetz und zu den Gewerkschaften.

Warm schlossen sich die Worte des Herrn Schornstein-Oberbürgermeisters Doering-Zeitz, eines deutschen Mannes aus dem Handwerkerstand, die, von Herzen kommend, zu Herzen gingen. Das Handwerk ist durch die außergewöhnlichen Verhältnisse in der außergewöhnlichen Handlungsweise der Beteiligung der Politik und Wahlkampf gezwungen worden. Die Sozialdemokratie hat den Vorsprung der längeren Organisation. Für das Handwerk darf der Trennungsstrich höchstens hinter der Deutschen Volkspartei gezogen werden, ein weiteres Rücken nach links wird ihm verhängnisvoll werden. Der Handwerkerstand hat sich als Zwischenglied und ihm wird deshalb von links angesetzt. Wenn aus Arbeiterkreisen, die der Sozialdemokratie angehören und mit ihr unseren Handwerkerstand beleben, uns Nachwuchs zugeführt wird, so ist diese politische Tatsache sehr zu bedauern. Auch scheint man vergessen zu haben, daß einst die Warenhaussteuer gegen die Stimmen der Demokraten und Demokraten zum Wohle des Handwerkerstandes auf Antrag der Rechtsparteien eingeführt wurde. Laut Wahlliste sind 13—14 Stellen auf der Liste der Deutschnationalen Volkspartei dem Handwerk sicher. Die Demokratische Partei wollte die Interessen des Handwerks wohl auch vertreten, nach ihrer Art, und das darf das Handwerk sich nicht gefallen lassen. Durch das Herabdrücken der Lehrzeit von 4 auf 3 Jahre liegt die Gefahr nahe, Pfuscher zu erziehen, die dann weiten Bevölkerung zum Schaden gereichen. Daher muß deutlich hierfür heißen: Erst die Praxis, dann die Theorie. Redner wurde lebhafter Beifall gespendet. In der anschließenden Debatte kam nur noch ein Redner zu Wort, der noch deutlich die Stellung des Handwerks in der ebenen gerechten Weise unterstrich. H—r.

Höhere Zeitungspreise in Berlin

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger, der die Berliner Tagespresse angehört, wendet sich in einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem unter Hinweis auf die Not der deutschen Presse neue Preiserhöhungen angekündigt werden. Die Berliner Zeitungen werden künftighin im Monat einen Bezugspreis von 12 bis 15 Mark verlangen.

Außerordentlicher Kreistag des Saalkreises

Eine stürmische Sitzung.

Von einem Viertel der Kreistagsmitglieder wurde der Kreistag als dringend erforderlich gewünscht und somit hat der kommissarischen Landrat Adolf Thiele auf heute Vormittags in das Ständehaus einberufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Kreistagsabgeordnete Driebusch (U. S. P.) die Anfrage, ob dem Kreistage bekannt sei, daß der Landrat über ihn einen Bericht an die Regierung eingesandt habe. Bei der Abstimmung, ob diese als Antrag gefaßte Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, kam es zu einer lebhaften Debatte, in der Abg. Driebusch (U. S. P.) sogar sagte, an das Gewissen der Rechten zu appellieren, um Mehrheit zu erwerben zu seinem Antrum gegen den Landrat. Es ist in parlamentarischen Kreisen ein probates Mittel, daß man immer wieder Gehör zu verschaffen; es ist der Ruf: „Geschäftsordnung!", von welchem Herr Driebusch und seinesgleichen dann auch ausgiebigen Gebrauch machten. Ersterem ist es bis hierher", wie er meinte, mit einem derartigen Vorgehen wie dem jetzigen Landrat zusammenzuarbeiten. Thiele, dem als Vorsitzenden nicht die Mittel zur Verfügung standen, sich entsprechend zu wehren, drohte daraufhin mit Auflösung des Kreistages, worauf einer der unabhängigen den Spieß umzudrehen versuchte und seinerseits mit Auflösung der Versammlung drohte. Ihm antwortete Landrat Thiele: „Darum verzichtendern Sie, die wichtige und dringende Beratung in der angegebenen Reihenfolge zu erledigen? Bis jetzt habe ich den Eindruck, daß es Ihnen nur auf ein Stören der Versammlung ankommt" (Zuruf: Das geht zu weit!).

Als der Landrat darauf zu dem ersten Punkt der Tagesordnung betreffend Feststellung des Haushaltsvoranschlages des Saalkreises für das Rechnungsjahr 1920 überging, erhob sich bei den Vertretern der U. S. P. tumultuarischer Widerspruch über dieses, nach ihrer Ansicht gesetzwidrige Uebergehen des Antrages Driebusch „durch den diktatorischen Willen einer Person". Daraufhin erfolgte eine Erklärung seitens der U. S. P., auf die Mitarbeit an der Tagesordnung zu verzichten. Nachmals versprach Landrat Thiele, die ganze Anfrage der Oeffentlichkeit zu übergeben, bat aber, die Tagesordnung zu verabschieden, dann könne man ihn „nach Herzenslust stalpieren." Als dann endlich der Haushaltsvorschlag zur Verhandlung kommen sollte, wurde diese fast unmöglich gemacht durch ununterbrochene zahlreiche Zwischenrufe der U. S. P., wie z. B.: „Da machen wir nicht mehr mit!" — Herr Vorsitzender, haben Sie keine Statkarten da?"

Es herrschte erst wieder Ruhe im Sitzungssaal, als die Vertreter der U. S. P. diesen verlassen hatten. Landrat Thiele führte kurz aus, daß der Etat mit der Summe von 1 942 000 Mk. balanziert. Bei der Abstimmung stellte sich heraus, daß der Kreistag infolge der Abwesenheit der unabhängigen Fraktion nicht mehr beschlußfähig war, worauf Landrat Thiele den Kreistag für geschlossen erklären mußte.

Auflösung der Arbeiterräte — Verbot von Truppenwerbungen

Der kommissarische Oberpräsident der Provinz Sachsen Hörsing gibt bekannt:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920 (RGBl. S. 479) verordne ich als Regierungskommissar für die Provinz Sachsen mit Ausnahme der Kreise Ziegenrück und Schleusingen:

§ 1. Die bestehenden Kommunal-, Kreis- oder Bezirksarbeiterräte oder Aktionsausschüsse haben ihre Aufgabe erfüllt, werden hiermit aufgelöst und haben vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung an ihre Tätigkeit einzustellen. Alle von diesen Organen beschlagnahmten oder eingezogenen Gegenstände sind den rechtmäßigen Besitzern und, sofern diese nicht einwandfrei zu ermitteln sind, den Ortspolizeibehörden binnen 2 Wochen nach dem Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung auszuhändigen.

§ 2. Das Werben oder Schauwerbenlassen für Truppenkörper oder andere bewaffnete Verbände, sofern sie nicht der Reichswehr oder Sicherheitspolizei angehören, ist verboten. Unter dieses Verbot fallen auch alle durch Aufstellung von Listen oder in sonstiger Weise ausgeführten Vorbereitungsarbeiten, welche auf die Anwerbung oder Aufstellung bewaffneter oder zu bewaffnender Verbände gerichtet sind. Mitglieder von Werbestellen der Reichswehr oder Sicherheitspolizei müssen mit amtlichen Ausweisen des zuständigen Wehrkreis-, Brigade- oder Gruppenkommandeurs versehen sein und diese bei der Werbung vorweisen.

§ 3. In Konzentrationslagern internierte Personen dürfen das Lager nur mit schriftlicher Genehmigung des Lagerdirektors und nur während der in der Genehmigung angegebenen Zeit verlassen. Die Vermittelung von ehemaligen Kriegsgefangenen zur Arbeit außerhalb des Lagers geschieht nach zwischen dem Landesarbeitsamt und der Lagerdirektion vereinbarten Richtlinien. Auch diese ehemaligen Kriegsgefangenen müssen außerhalb des Lagers mit einem Ausweis versehen sein, welcher sie zum Verlassen des Lagers auf bestimmte Zeit berechtigt.

§ 4. Wer, ohne in einem Konzentrationslager dauernd untergebracht zu sein, dasselbe besucht, hat sich zuvor beim Lagerdirektor zu melden, auszuweisen und den Zweck des Besuches anzugeben. Der Lagerdirektor kann anordnen, daß Besuche nur zu bestimmten Stunden oder nur in Gegenwart eines von ihm Beauftragten stattfinden dürfen. Er kann den Zutritt zum Lager überhaupt verbieten.

§ 5. Die Vorschriften der §§ 3 und 4 gelten in Altengrabow sowohl für das Lager, als auch für den Truppenübungsplatz. Die gemäß der §§ 3 und 4 für Lager und Truppenübungsplatz Altengrabow zu treffenden Anordnungen sind vom Lagerdirektor im Einverständnis mit dem Kommandeur des Truppenübungsplatzes festzusetzen.

§ 6. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung oder den gemäß §§ 3 bis 5 von dem Lagerdirektor oder Lagerkommandanten getroffenen Anordnungen vorsätzlich zuwiderhandelt, wird, sofern nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft. Fahrlässige Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft. Personen die den Bestimmungen der §§ 2 bis 4 zuwiderhandeln, sind von den Polizeibehörden vorläufig festzunehmen. Ueber die Festnahme ist mir unter Angabe des Grundes telegraphisch oder telephonisch umgehend Meldung zu erstatten.

Schülerselbstverwaltung

Ein Erlaß des Kultusministers über die Schülerselbstverwaltung in den höheren Schulen besagt folgendes: In jeder Klasse werden in geheimer Wahl mehrere Sprecher gewählt, die den „Klassenausschuß" bilden. Die Sprecher der oberen Klassen (an Vollanstalten von Untersekunda an) bilden den „Schülerausschuß", der sich einen Lehrer als „Berater" wählt. In jeder Klasse findet außerdem allmonatlich einmal in einer „lehrplanmäßigen Stunde" eine Aussprache über Klassenangelegenheiten statt oder über andere von den Schülern vorgeschlagene Fragen. „Auf Wunsch des Klassenausschusses kann die Klassengemeinde" auch „selbständig" tagen (der Ausdruck „selbständig" ist recht unklar), so oft sie will; alle 2 Wochen darf sie eine lehrplanmäßige Stunde dazu verwenden. Die oberen Klassen (an Vollanstalten wieder von Untersekunda an) können auch zu gemeinsamer Sitzung zusammentreten; das ist dann die „Schulgemeinde". Ob die Einrichtung der Schulgemeinde geschaffen werden soll, darüber stimmen die Schüler selbst ab. Die Lehrer können an den Sitzungen beratend teilnehmen. Die Schulgemeinde tritt wenigstens einmal im Monat in einer „Lehrplanmäßigen Stunde" zusammen. Sie kann durch Vermittlung des Schülerausschusses, der ihr für seine Tätigkeit verantwortlich ist, „Anträge an die Lehrerkonferenz stellen".

Die Kinos schließen doch!

Die Kinobesitzer der Stadt Halle beschäftigten sich gestern wieder mit der Frage, ob die Möglichkeit, die bereits in der vorletzten Versammlung eine außerordentlich lebhafte Debatte auslöste, nämlich von einer Schließung der „Lichtspielhäuser abzusehen, in Wahrheit bestehe.

Alle Interessenten waren sich darin einig, daß sie dem ihnen von Herrn Stadtrat Wurm unterbreiteten Wunsch, die Kinos nicht zu schließen und die Kündigungen zurückzuziehen, unter allen Umständen würden entsprechen haben, wenn es irgendwie möglich gewesen wäre. Seit der letzten Beratung jedoch sind wieder einige Tage ins Land gegangen, insbesondere ist das Pfingstfest vorüber, das in früheren Zeiten stets genau wie Ostern die besten Kassen brachte. Das Geschäft ist indessen weiterhin schlechter geworden und auch an den beiden Pfingstfeiertagen war in allen Theatern der Besuch außerordentlich gering. Ein Weiterexistieren der Theater auf Grund ihrer Einnahmen ist vollkommen unmöglich. Man mußte daher den früher gefaßten Beschluß, die Theater am 1. Juni zu schließen, falls bis dahin eine Aenderung nicht eingetreten sei, aufrechterhalten, so daß also an dieser Tatsache, nachdem ja eine Aenderung in der Steuerordnung bis dahin nicht erfolgen kann, heute nichts mehr zu ändern ist. Die Kinos schließen demnach am 1. Juni ihre Pforten. Die Theaterbesitzer haben sich gleichzeitig verpflichtet, sämtlich durch die Hand des Vereinsindikus dem Magistrat Unterlagen zu unterbreiten, in denen sie die Unmöglichkeit des Weiterbestehens unter Beibehaltung der Lustbarkeitssteuer in ihrer jetzigen Form belegen. Die beteiligten Kreise legen Wert darauf, nochmals zu betonen, daß die Schließung der Theater ein Erfordernis der Selbsterhaltung ist und keinesfalls als eine drakonische Maßnahme zu betrachten sein kann. Auch die wiederholt aufgestellte, insbesondere auch in der Stadtverordnetensitzung zur Sprache gebrachte Behauptung, daß die gesamte Steuer von Seiten der Kinobesitzer abgewälzt sei, entspricht, wie wir aus kompetenter Quelle erfahren, nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, daß die früher höher bezahlten Plätze in sämtlichen Kinos in Wegfall kamen, daß die billigsten Plätze in ihrer Zahl verdoppelt und die nach früheren Preisen mittleren Plätze herabgesetzt wurden. Jedenfalls hat die Genehmigung der Halleschen Kinosteuervorlage in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen erregt und insbesondere in der Kinobranche eitel Staunen ausgelöst. Man muß sich also damit abfinden, daß am 1. Juni das Kino auch ein Opfer der kommunalen Geldnöte geworden ist.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Fleischverkauf.** Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird Kindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 29. Mai, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 24. Mai bis 30. Mai. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 31. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm = 2,40 M.

— **Wurstverkauf.** Am Sonnabend, den 29. M., werden bei dem Fleischer Ackermann und den im Alphabet folgenden Fleischern bis Kirkam für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 3 A und 3 B — bei den Kinderkarten 3 A — der Reichsfleischkarten für die Woche vom 23. bis 30. d. M. zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt für 50 Gramm 60 Pfg. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 31. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern.

— **Verkauf von Corned-Beef.** Am Sonnabend, den 29. d. M., werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 22 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck). Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm = 2,40 M. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Markenabschnitte in üblicher Weise bis zum 31. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von Milchflüßpeife** in der Talamtschule am Freitag, den 28. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 61 501 bis 68 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 68 501—76 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 2 Pakete zum Preise von 55 Pfg. für das Paket abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett und Tomaten aus Armee-Konserven** in der Talamtschule am Freitag, den 28. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 61 501—68 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 68 501 bis 76 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten, an Haushalte mit zwei Personen eine Büchse Armee-Konserven (ca. 600 Gramm Inhalt) und an Haushalte mit drei Personen eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten und eine Büchse Armee-Konserven usw. abgegeben werden.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Freitag, den 28. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001 bis 40 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

*

— **Zur Kantgesellschafts-Tagung in Halle** hat die Goethe-Buchhandlung in der Großen Ulrichstraße eine Sonderausstellung philosophischer Literatur in ihren Schaufenstern veranstaltet, die allen warm empfohlen sei.

— **Reichsrentner-Verband.** Laut Anzeige in der heutigen Nummer hat sich ein Reichsrentner-Verband mit dem Sitz in Hannover und einer Ortsgruppe in Halle gegründet. Rentner, die ihre Interessen vertreten lassen wollen, wollen sich an Herrn Robert Somburg, Viktoriastraße 12, der 1. Vorsitzender ist, wenden.

— **Zigarrendiebstahl.** In vorletzter Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Glaucha er Straße eingebrochen. Hierbei wurden Waren im Werte von etwa 4000 Mark gestohlen.

— **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr wird die Operette „Der Bettelstudent" wiederholt. Freitag „Tartüff", Lustspiel in fünf Aufzügen von Molière. Sonnabend „Martha", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Wozzeck", Sonntag abend „Carmen".

— **Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag abends um 7½ Uhr das Drama „Vor Sonnenaufgang" von Gerhart Hauptmann durch das Stadttheater-Personal zur Aufführung.

„H. 3." Sportberichte

Rennen zu Frankfurt a. M.

1. Fervor-Rennen: 1. Ch. Sell und R. Höhs Döberitz (Lommatzsch), 2. Pollack (Derschug), 3. Rosenrot (Stolz). Tot.: 37 : 10, Platz 14, 14, 22 : 10. Ferner Rocamadour, Sirene, Satzdoch, Strymon, Geduld, Musette (4).

2. Goldstein-Hürdenrennen: 1. † Graf Alvensleben-Erxleben Buon and Gill (Rinkleib), 1. Graf A. Ostheims O'Fan (Unterholzner), 3. Horangod (Bender). Tot.: 32 : 10, Platz 14 : 10, O'Fan: 22 : 10, 15 : 10. Ferner Coral Wave, Magnas, Remlin.

3. Ken-Jagdrennen: 1. Hauptm. Blomberths Einwanderer (Heidtmann), 2. Raubgräfin (Rinkleib), 3. Rumpletaube II (Lommatzsch). Tot.: 50 : 10, Platz 27, 22 : 10. Ferner: Arthus, Bilbaude.

4. Preis von Mariahall: 1. Graf A. Ostheims Coelicot (Mak), 2. Kosel (Weibert), 3. Taurus (Korb). Tot.: 36 : 10, Platz 16, 22 : 10. Ferner: Elegant.

5. Walmengarten-Jagdrennen: 1. E. S. Fürstenbergs Stelle II, 2. Erich, 3. Sunika. Tot.: 20 : 10.

6. Preis vom Taurus: 1. H. v. Opels Gisel (Korb), 2. Brabade (Gerteis).

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottmann. Anzeigenteil: Paul Kersten (Amtlich in Halle a. S.). Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0005

Aufruf des Ausschusses der freien Beruf

Die zunehmende Verarmung des deutschen Volkes droht unser kulturelles Leben gänzlich abzubauen zugunsten der in den Vordergrund gedrängten materiellen Werte.

Die unerhörte Brutalität des diktierten Friedens hat alle geistige Arbeit in Deutschland schwer getroffen. Der widerspruchslos geduldete Ausverkauf Deutschlands erstreckt sich auf unseren Kunstbesitz, in den besetzten Gebieten wird die Freiheit der Presse, der Rede, ja fast des Gedankens geknebelt, über die erschütterten Grenzen strömen allerwärts die Fremden ein, die durch raschen Gewinn an Geld und Macht den deutschen Geist in immer tiefere Knechtschaft werfen.

Die Vorherrschaft der Masse, die soziale Einebnung von Führern und Geführten bedeutet das Ende der freien Kunst und freien Wissenschaft.

Die gegenwärtige Regierung, in parteipolitischer Abhängigkeit von der Arbeiterschaft, handelt nach außen ohne nationales Rückgrat, nach innen ohne energische Abwehr aller Streiks, aller scheu und hochgeschraubten Forderungen, die unser Geld entwerten.

Der freie geistige Arbeiter, der nicht in der Lage ist, durch erhöhte Tarife oder niederlegen sich materiell zu behaupten, noch willens sein kann, deutsches Volkstum durch Uebermut verderben zu lassen, schenkt weder der regierenden Koalition noch den radikalen Vertrauen. Er kann nur eine Partei wählen, die sich rückhaltlos einsetzt für wirtschaftliche und für die Freiheit der deutschen Nation.

Künstler, Schriftsteller, Anwälte, Männer der freien Presse, werbt für neue Geistes des deutschen Lebens, werbt für die Möglichkeit, Eure erhabenen ideellen Aufgaben ohne die Gefahr unerhörten Notstandes zum Besten der Gesamtheit und gebt in der Entscheidungsstunde das Gewicht Eurer Stimme der

Deutschnationalen Volkspartei!

Dresden: **Adolf Bartels**, Weimar. **Leopold Biermann**, Bremen. Rechtsanwalt **P. Block**, Berlin. **Klara Blüthgen**, Freienwalde a. O. Professor **Hans Bohrdt**, Dahlem. **Borgmann**, Berlin. **Eugen Bracht**, Dresden. **Willi Dammasch**, Burtehude. **Marie Diers**, Charlottenburg. **Dr. Arthur Dinter**, Dörrberg 4, Thür. **Willi Dressler**, Sch... Professor **Bodo Ebhardt**, Grunewald. Architekt **Franz Fidler**, Charlottenburg. Verlagsbuchhändler **Emil Felber**, Berlin. **Elisabeth Förster-Nietzsche**, Weimar. **Gertrud ... von le Fort**, Boot i. Mecklbg. Rechtsanwalt **Galetschky**, Weißenfels. Professor **Eduard von Gebhardt**, Düsseldorf. **Elise Grützner-Gondy**, Berlin. **Agnes Harder**, ... Rechtsanwalt **Hercher**, Bad Reichenhall. Verlagsdirektor **Johannes Herper**, Berlin. **Johannes Höffner**, Wilmersdorf. **Klara Hofer**, Wilmersdorf. Architekt Dr. h. c. **Richard ...** Görlitz. Rechtsanwalt **Paul John**, Alt-Landsberg. Graf **Leopold Kalckreuth**, Hittfeld. Schriftsteller **Erich Kamnu**, Wenden i. H. **Luise Koppen**, Berlin. Kammersängerin **Lilli ...** mann, Grunewald. Rechtsanwalt **Leopold**, Naumburg. Justizrat **Lüders**, Berlin. Professor **Karl von Marr**, München. **Adolf Müller-Cassel**, Berlin. **Börris, Frhr. von ...** hausen, Windischleuba. **Grete Nordegg**, Wilmersdorf. **Richard Nordhausen**, Berlin. **Karl Rosner**, Schöneberg. Professor **E. Saltzmann**, Charlottenburg. Landmesser **H. ...** Forstwalde a. O. Zahnarzt **Schenk**, Breslau. **Arthur Schlubeck**, Grunewald. **Dr. Otto Schmidt-Gibichenfels**, Friedenau. Professor **Wilhelm Schölermann**, Weimar. **R...** **Ferdinand Schön**, Halensee. Rechtsanwalt **Dr. E. Schott**, Stuttgart. Professor **Paul Schultze-Naumburg**, Saaleck. Professor **Raffael Schuster-Woldan**, Charlottenburg. **D. Dr. Wilhelm Speck**, Kassel. Professor **Willi Stöwer**, Tegel. Rechtsanwalt **Walter Thiede**, Charlottenburg. **Fritz Tomar**, Charlottenburg. Professor **Hugo Ungewitter**, Berlin. **Vitalis**, Berlin. **Hans Waßmann**, Halensee. **Theodor Wedepohl**, Saarow. **Franz Wobring**, Berlin. Justizrat **Wollmer**, Naumburg. **Franz Wagk**, Hannover. **Hans Jo... von Winterfeldt**, Berlin. Rechtsanwalt **Dr. Zimmer**, Kolberg. **Hans Caspar von Zobeltitz**, Berlin. Rechtsanwalt **Dr. Zabke**, Köslin. Rechtsanwalt **Dr. Hans Fritz von ...** Berlin und viele andere.

Bacmeister kommt!

Angebot!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Reichhaltigste Auswahl!
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Seidene
Damen-Blusen
kauft man preiswert bei
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstraße 84.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstr. 51 Fernruf 4681
Auf vielseitigen Wunsch!
3 Tage verlängert!
bis einschließlich Sonntag, den 30. Mai
Persönliches Auftreten
der kleinen Filmschauspielerin
Nelly Gutmann!
Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.
Hierzu: **Hilde Wolter** in ihrem Filmspiel
6 Akte. **Die Siegerin!** 6 Akte.
Heute letzter Tag: **Sinnesrausch.**
Sonntags u. Wochentags Einlass 3½, Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater 8 Uhr für noch 4 Tage
„Fliegentütenheinrichs Hochzeit"
mit **Paul Beckers.**

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Kleinmöbel Flurgarderoben.
*

Bacmeister kommt!

Stadt-Th...
Freitag, den 28. Mai, Anf. 7½ Uhr
Tartüff...
Sonnabend ...
Martha...

Thalia-Th...
Gastspiel d. Stadttheater-Pe...
Sonntag, den 30. Mai, abends 7½ Uhr
Vor Sonnenau...

Händel-Verein, E. V.
Musikalische Leitung: Prof. A. Rahlwes.
III. Konzert (1919/20)
Mittwoch, den 2. Juni 1920, abends 8 Uhr in der Aula der Universität.
Hausmusik altklassisch. Meister.
Violinsonaten von Veracini, Bach, Händel, 15 Lieder altklassischer Meister.
Solisten: Ilse Veda Duttlinger, Berlin (Violine), Dr. Hans Joachim Moser, Halle (Bariton), Wilhelm Scholz, Berlin (Klavier).
Karten von Mk. 2.— bis Mk. 6.— in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Für Grossisten u. Expo...
2500 Gros Aluminium-Esslöffel geschliffen und poliert per Gros ...
2500 Gros Aluminium-Essgabeln geschliffen und poliert per Gros ...
2500 Gros Aluminium-Teelöffel geschliffen und poliert per Gros ...
in hochfeiner, erstklassiger Ware sofort ab ...
Sämtliche andere Aluminiumartikel auf Lager.
Baumeister & Co., Elberf...
Telephon 1446. Tel.-Adr. ...

„Dämmerstunden"
Novellen von
Gertrud Subirge.
Aus dem Inhalt:
Das Bild der Mutter,
Lips, Mausi und der kleine Weihnachtsbaum,
Fürs Kind,
Stimmen der Vergangenheit.
Mit diesen Novellen, denen in Kürze „Feierlagsglocken" und „Ihre Majestät die Arbeit" folgen, tritt Gertrud Subirge, eine temperamentvolle, feinsinnige Schriftstellerin, zum ersten Male an die Oeffentlichkeit. Jeder Leser wird durch ihre warmen Schilderungen gefangen genommen, und zumal zu Geschenkzwecken an die reifere Jugend eignen sich die Novellen ganz vorzüglich.
Ladenpreis 2.70 Mk.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom
Verlag Walther Gensch, Jena.

U.T
Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.
Ab Freitag, 28. Mai 1920
Die mit Tränen säen.
Grosses Schauspiel in 4 Akten mit
Halina Ostoja.
Vorführung: 4.40, 6.50, 9.10.
Die neuesten Wochenberichte
Schweidnitz
Naturaufnahme.
Heute letzter Tag:
Erpresst oder
Der Fluch der Vergangenheit.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
Ab Freitag, 28. Mai 1920
Die Mali.
Drama in 3 Akten nach dem gleichnamigen Volksstück von **E. Bernstein.**
Hauptrollen:
Margarete Neff,
Leo Peukert.
Vorführung: 5.20, 7.30, 9.50.
Immer noch toller.
Eine Gauner-Komödie in 6 Akten.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.
Heute letzter Tag:
Des Teufels Advokat.
Beginn 4 Uhr.

Kant-Tagung Halle a. d. Sa...
Niemand versäume, die SONDER-AUSSTELLUNG philosophischer Literatur und das Kant-Schaufenster der
GOETHE-BUCHHANDLUNG
:-: (FRANZ JOEST VERLAG) :-:
Halle a. d. Saale, Grosse Ulrichstrasse 63, zu besich...

Loge zu den fünf Türmen.
Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
IV. Kammermusik
(2. Romantiker-Abend)
des Halleschen Streichquartetts vom Städtischen Stadttheater-Orchester
Herren Konzertmeister **Versteeg** (I. Violine), **Bohnhardt** (II. Violine); **Müraa** (Viola), **Weise** (Violoncell).
Streichquartette von Mendelssohn, op. 80 F-moll; Schubert op. 125 Nr. 1 Es-dur; Schubert op. posth. Satz C-moll.
Karten von M. 2 bis M. 5 außer Steuer (Schüler und Studenten Ermäßigung) in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Preisskat...
29. 5. im „Kana...
a. Riebeckplatz ...
3 u. 7 Uhr. Fr. 10 M.

Braut-Frisu...
Hochzeits-Fri...
Theater-Auffüh...
G. Nieder...
Poststrasse ...

Neue!
Entlassungs...
(Reithose u. Ro...
zu verkaufen.
Bernhardstr. ...
Besichtigung ...

Bacmeister kommt!

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Möbel
An- u. Verkauf
Frau **Rust,**
Sternstr. 6.
Tel. 3579.
Wäsche
Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstig. Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Ausgebrannte oder defekte Glühlampen
nicht wegwerfen. Dieselben werden erneuert oder mit Mk. 0.40 je Stück angekauft.
— Man verlange Prospekt. —
Störzner & Kittler, Halle, Rathausstr. 13a. Tel. 5105.

Gut erh. Cutaway
Friedensm.), große Fig., Garde, a. gut. Leute, zu verkaufen. Näheres u. Z. 2898 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Sonder-Angebot.
Feinstes Kakaopulver
erstklassiges deutsches Fabrikat in vorgeschrieb. Fabrikpackung, prima Ware
½ Pfund-Paket 12 Mk.
Konditorei Zorn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005272-19/fragment/page=0006